

Hannover, den 19. Juni 2018

Pressemitteilung

§219a – Kann Hamburg Vorbild für Hannover sein?

Über eine Abschaffung des Paragraphen 219a wird seit Monaten bundesweit diskutiert. Setzte sich die SPD auf Bundesebene ursprünglich für die Abschaffung ein, so knickte sie in den Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU ein. Nach einem Antrag der Länder Berlin, Hamburg, Thüringen, Brandenburg und Bremen wird die Abschaffung nun im Bundesrat diskutiert. Auch hier blockiert die CDU/CSU ein zeitnahes Ergebnis. Hamburg hingegen umgeht das sogenannte "Werbeverbot für Abtreibungen" schon seit Jahren vollkommen legal.

Hannover – Kann Hamburg in Sachen § 219a Vorbild für Hannover sein? Die Diskussion um den Paragraphen ist häufig unnötig emotional und von Halb- und Unwissen geprägt. Vor allem konservative Politiker der CSU und auch CDU malen gerne öffentlichkeitswirksam Horrorszenerarien von riesigen Werbeplakaten für Abtreibungskliniken und verhindern so eine auf Fakten beruhende Diskussion.

"Ich sehe hier in den nächsten Jahren leider keine Lösung auf uns zukommen. Mit dem Ansatz von Hamburg allerdings könnte man schon jetzt einen rechtlich sauberen Weg finden, der den betroffenen Frauen hilft. Nicht notwendig meinen Sie? Dann googlen Sie doch mal 'Abtreibung Hannover'. Sie finden wenig. Was Sie finden, sind Webseiten auf denen Sie in Versalien direkt als MÖRDER angeschrien werden, selbst wenn Sie sich nur informieren wollen. Und darum geht es schlussendlich auch nur: Informationsfreiheit," so erklärt der Fraktionsvorsitzende Julian Klippert den Hintergrund der Anfrage.

Der Grund, warum Hamburg auf der offiziellen Website der Stadt hamburg.de die örtlichen Abtreibungspraxen und Kliniken aufführen darf, ist sehr einfach: als Stadt verdient sie an den Abtreibungen natürlich kein Geld. Nur Ärzte bzw. Praxen, die selbst Abtreibungen durchführen, dürfen dies nicht offen kommunizieren.

"Das ist mit Sicherheit ein sehr guter Weg und nimmt allen Gegnern den Wind aus den Segeln. Kaum jemand kann solche Daten offizieller zur Verfügung stellen und verfügt auf Seiten der Bevölkerung über mehr Vertrauen als die Stadt Hannover selbst. Natürlich sollten sich betroffene Frauen auch weiterhin ärztlich beraten lassen, aber man muss es Ihnen ermöglichen, herauszufinden wo Sie dies tun können, ohne gleich als Mörder diffamiert zu werden. Selbst grundlegende Informationen zu Beratungsstellen werden allerdings online immer noch auf Flyern geradezu 'versteckt'. Das ist vollkommen aus der Zeit gefallen und unserer heutigen Gesellschaft nicht mehr würdig."

Die FRAKTION erwartet daher gespannt, ob die Verwaltung die Einschätzung der FRAKTION teilt und keine rechtlichen Einschränkungen für die Stadt Hannover sieht, dem Vorbild Hamburgs zu folgen.